

neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

Dienstag, 11. Dezember 2012

67. Jahrgang/Nr. 289 • Berlinausgabe 1,50 €

STANDPUNKT

Startprobleme

Von Uwe Sattler

Nein, die Europäische Union ist des Friedensnobelpreises nicht würdig. Da haben die Vertreter von Grünen und LINKE völlig recht, die in den vergangenen Wochen die Preisvergabe kritisierten. Selbst wenn seit Jahrzehnten Frieden in der EU herrscht: Sie ist unsozial, undemokratisch, militaristisch. Aber niemand soll glauben, die heutigen Mitgliedsstaaten seien sozialer, demokratischer, weniger militaristisch, wenn es das Bündnis nicht geben würde. EU-Europa ist eine Realität, die weder wegzudiskutieren noch wegzufordern ist – auch wenn es sich wegen seiner Politik und der unbestrittenen Missstände trefflich dagegen wettern lässt. Von allen Seiten übrigens, mit verschiedenen Vorzeichen. Denn »Brüssel« ist weit weg, für die Mehrheit der »europäischen Bürger« schwer zu verstehen und angesichts der gefühlten eigenen Ohnmacht Angst einflößend.

Das wissen auch die deutschen Oppositionsparteien, die der EU kritisch gegenüberstehen. Aber während sich die Grünen inzwischen mit dem Konstrukt arrangiert haben und an der einen oder anderen Stelle durchaus etwas bewegen, hat die LINKE mit einem klaren Ja oder Nein zu dem Staatenverbund und all ihren Konsequenzen für Wählerstimmen, konkrete Politik und parlamentarische Arbeit offensichtlich Bauchschmerzen. Der Ruf nach dem »Neustart« der Integration lässt bewusst alle Optionen offen. Spätestens zur Wahl des Europaparlaments 2014 wird sich die LINKE als betont europafreundliche Partei aber erklären müssen: Will sie mit dem System EU, dagegen oder oppositionell in ihm wirken.

Opel legt Bochum still

Keine Autoproduktion mehr ab 2016 / 3000 Arbeitsplätze bedroht



Berlin (nd). Opel ohne Autos, das ist wie Bochum ohne Opel. Kurz vor der Jubiläumsfeier zum 50-jährigen Bestehen des Bochumer Werks gab die Adam Opel AG gestern bekannt, ab 2016 dort keine Autos mehr fertigen zu lassen. Lediglich die Herstellung von Bauteilen sowie das Warenverteilager mit 430 Beschäftigten sollen nach Aussage des kommissarischen Vorstandsvorsitzenden von Opel Deutschland, Thomas Sedran, erhalten bleiben.

Es ist eine weitere Etappe auf dem langen, von den Belegschaften nach Kräften bekämpften

Niedergang der europäischen Automobilproduktion des US-Konzerns General Motors, zu dem die Opel AG seit 1929 gehört. Das Bochumer Werk beschäftigte zu seinen besten Zeiten rund 20 000 Mitarbeiter und fertigte legendäre Modelle wie »Kadett A«, »Ascona« und »Manta«. Mit dem »Zafira Tourer« dürfte die Reihe nun enden.

Während die Bundesregierung bereits staatliche Hilfen für das Werk abgelehnt hat, kündigten die Beschäftigten an, das Aus für die Autoproduktion nicht hinnehmen zu wol-

len. Gemeinsam mit der gesamten Opel-Belegschaft werde nun diskutiert, »was wir zu welchem Zeitpunkt tun«, sagte der Bochumer Betriebsratsvorsitzende Rainer Eienkel vor Journalisten. »Wenn man als Standort alleine kämpft, hat man verloren.«

Eienkel kritisierte zugleich Interimschef Sedran dafür, sich nicht den Fragen der Belegschaft gestellt zu haben. »Es war ein sehr entwürdigendes Bild, das der Opel-Vorstand abgegeben hat.«

Seiten 2 und 4

Foto: picture alliance/The Advertising Archives

Nicht nur das Militär hat biologische »Designerwaffen« im Visier, auch Terroristen



Nobelpreise gingen nur an Männer

Preise feierlich verliehen

Stockholm/Oslo (dpa/epd/nd). Die feierliche Verleihung der Nobelpreise ist in diesem Jahr wieder zu einer Männerveranstaltung geworden. Schwedens König Carl XVI. Gustaf hat am Montag im Stockholmer Konzerthaus den chinesischen Schriftsteller Mo Yan (57) sowie acht Wissenschaftlern aus vier Ländern die hohen Auszeichnungen überreicht.

In Oslo wurde der Friedensnobelpreis an die Europäische Union übergeben. Die drei Präsidenten der EU-Institutionen nahmen den Preis am Montag stellvertretend für die EU-Bürger entgegen: José Manuel Barroso im Namen der EU-Kommission, Herman Van Rompuy im Namen des EU-Rats und Martin Schulz als Vertreter des Europäischen Parlaments.

Thorbjörn Jagland, der Vorsitzende des Friedensnobelpreiskomitees, erklärte: »Wir sind nicht hier versammelt, weil wir glauben, dass Europa perfekt ist.« Das galt den Kritikern, die in den vergangenen Wochen die Preiswürdigkeit der EU infrage gestellt hatten. »Wir sind hier versammelt, weil wir glauben, dass wir hier in Europa unsere Probleme gemeinsam lösen müssen.« Der Preis sei ebenso verdient wie nötig, sagte der Norweger.

Nach der Bekanntgabe der Nobelpreisentscheidung zugunsten der EU hatten in den letzten Wochen zahlreiche Kritiker ihre Stimme erhoben. So hatte der südafrikanische Erzbischof Desmond Tutu argumentiert, die EU sei an zahlreichen Konflikten in der Welt beteiligt. Barroso und Van Rompuy beschworen in ihren Reden am Montag hingegen die EU als Friedensprojekt. »Wir haben unsere Interessen so eng verwoben, dass Krieg praktisch unmöglich ist – das ist unsere geheime Waffe«, sagte Van Rompuy.

In den vordersten Reihen saßen zahlreiche Staats- und Regierungschefs der EU, unter ihnen Bundeskanzlerin Angela Merkel. Jagland begrüßte Merkel und den französischen Präsidenten François Hollande in seiner Rede persönlich und verwies dabei auf die deutsch-französische Freundschaft.

Unten links

Auf deutschen Flughäfen sind am Montag Dutzende Flüge ausgefallen. Ob wegen des Wintereinbruchs oder des Streiks des Sicherheitspersonals, das war zunächst nicht zu ermitteln. Auch für die Vermutung, dass das Sicherheitspersonal womöglich wegen Schneefalls und Eisglätte nicht länger für die Sicherheit garantieren konnte, war keine Bestätigung zu erhalten. Sicher ist nur, dass der Flugverkehr daraufhin nicht sicherer wurde, sondern aussetzte. Was den Fluggästen wiederum einen unerwarteten Zeitvorrat verschaffte, den diese wenig nutzbringend mit Schimpfen und Händern verbrauchten. Und die alten Fragen laut werden ließ: Wieso können die Flughäfen für den Winter nicht im Sommer üben? Man brauchte nur das Sicherheitspersonal mit Schneekanonen auszurüsten. Die Passagiere hätten sicher Verständnis für den einen oder anderen weißen Krümel auf ihrem Sacko. Flughafen-Aufsichtsräte dürften hier erst recht kein Problem sehen. Die haben ohnehin alle eine weiße Weste. *uka*

www.neues-deutschland.de
twitter.com/ndaktuell

Einzelpreise Tschechien 65/75 CZK
Polen 6,60/9,50 PLN ISSN 0323-4940



Gezerre um Getto-Renten

Bundestagsausschuss berät über Nachzahlungen für NS-Opfer

Von Aert van Riel

Noch heute kämpfen viele sogenannte Getto-Arbeiter aus der Zeit des Nationalsozialismus um ihre Rechte. Sie fordern eine rückwirkende Zahlung ihrer Rente ab 1997. Nun befasst sich erneut der Bundestag mit dem Thema.

Viele Juden, die während der Nazizeit in den Gettos gearbeitet hatten, haben bisher nur einen Teil der ihnen in einem vor rund zehn Jahren verabschiedeten Gesetz zugesicherten Rentenzahlungen erhalten. Denn die Betroffenen haben nur dann einen Anspruch auf Rente, wenn die Arbeit im Getto auch freiwillig erfolgte und sie dafür ein Entgelt erhielten. Ein großer Teil der Anträge wurde nach der Verabschiedung des Gesetzes abgewiesen, weil die Rentenversicherungsträger und die Sozialgerichte die damaligen Lebensumstände in den Gettos bei ihrer Prüfung nicht genügend berücksichtigten.

Das änderte sich erst mit einem Urteil des Bundessozialgerichts aus dem Jahr 2009. Darin wurde entschieden, dass

auch die Ausgabe von Lebensmitteln als Entgelt zählen kann. Das Gericht hatte 23 818 Holocaustüberlebenden einen Rentenanspruch zugestanden. Die Antragsteller haben das Anrecht auf eine kleine Rente von 150 oder 200 Euro im Monat. Doch diese erhielten ihre Rente nicht rückwirkend ab 1997, wie es einst der Bundestag entschieden hatte, sondern ab 2005, weil Sozialleistungen in der Bundesrepublik nur vier Jahre rückwirkend gezahlt werden.

Gegen diese Regelung wenden sich neben den Organisationen der Überlebenden auch die Oppositionsfaktionen im Bundestag. Sie haben Anträge eingebracht, wonach die NS-Opfer auch für die Zeit zwischen 1997 und 2005 Geld erhalten sollen. Die Linksfraktion hatte bereits vor einem Jahr eine entsprechende Initiative gestartet. Nach ihren Angaben geht die Deut-

sche Rentenversicherung davon aus, dass die Betroffenen eine Nachzahlung von im Durchschnitt 7000 Euro erhalten würden. Einige Monate später unternahmen auch SPD und Grüne einen eigenen Vorstoß mit der gleichen inhaltlichen Forderung. Die schwarze Bundesregierung hat sich hingegen noch nicht in diese Richtung bewegt, obwohl auch ihre Fraktionen vor zehn Jahren das Gesetz zu den Getto-Renten unterstützen. Union und FDP befürchten inzwischen offenbar, dass andere Opfergruppen ebenfalls Ansprüche stellen könnten.

Auch die Deutsche Rentenversicherung Bund ist skeptisch. Bei einer gestrigen Sachverständigenanhörung des Ausschusses für Arbeit und Soziales verwies Professor Franz Ruland, langjähriger Geschäftsführer des Verbandes Deutscher Rentenversicherungsträger (VDR), auf den an-

geblich großen bürokratischen und zeitlichen Aufwand. Durch den späteren Renteneintritt sei außerdem der Zugangsfaktor erhöht worden. Dadurch erhalten die Betroffenen auch höhere monatliche Zahlungen. Wenn aber durch eine gesetzliche Regelung der Rentenbeginn im Jahr 1997 statt im Jahr 2005 liegen würde, wäre auch die laufende monatliche Rente entsprechend herabzusetzen.

In der Zeit des juristischen Tauziehens sind inzwischen Tausende der Antragsteller verstorben. Die Überlebenden sind alle hochbetagte Menschen. Eine schnelle Lösung für sie ist weiterhin nicht in Sicht. Uri Chanoch vom Zentrum der Organisationen der Holocaustüberlebenden in Israel berichtete im Ausschuss, wie er und seine Familie im litauischen Getto Kaunas Arbeit gesucht hätten, um nicht von den Nazis ermordet zu werden. Er setzt sich nun für die rückwirkende Zahlung ab 1997 ein. »Wir wollen, dass die ursprüngliche Intention des Gesetzgebers verwirklicht wird«, forderte der 85-Jährige.

»Wir wollen, dass die ursprüngliche Intention des Gesetzgebers verwirklicht wird.«

Uri Chanoch, Holocaustüberlebender

KURZ

Frauenpolitikerin erschossen

Mihtarlam (AFP). Nur wenige Monate nach dem Mord an ihrer Vorgängerin ist im Osten Afghanistans die Leiterin einer Frauenbehörde erschossen worden. Nadia Sidiki, die an der Spitze der Frauenbehörde der Provinz Laghman stand, sei am Montag auf dem Weg zur Arbeit von zwei Unbekannten ermordet worden, teilten die Behörden mit.

Athen verlängert

Athen (AFP). Griechenland hat die Frist für den Rückkauf von Staatsanleihen verlängert. Die Schuldenagentur PDMA gab am Montag bekannt, das Programm bis zum heutigen Dienstag, 13 Uhr, auszudehnen. Medienberichten zufolge wurde das Ziel verfehlt, Staatsanleihen im Gesamtwert von 30 Milliarden Euro zurückzukaufen.

Bombenalarm in Bonn

Bonn (dpa). Der Bonner Hauptbahnhof musste am Montag wegen eines Bombenalarms vorübergehend gesperrt werden. Auf einem Gleis war eine verdächtige Tasche gefunden worden. Die Bundespolizei ging davon aus, dass es sich um eine Attrappe handelte. Die Kölner Polizei teilte am Abend jedoch mit, die Tasche werde noch untersucht.

Polizeistation attackiert

Islamabad (dpa). Beim Angriff auf eine Polizeistation im Nordwesten Pakistans sind am Montag mindestens zehn Personen getötet worden, darunter vier Angreifer und drei Zivilisten in einer benachbarten Moschee.